



Unser täglich Donald

Sich mit deutscher Innenpolitik zu beschäftigen, ist wenig unterhaltsam. Angeblich haben sich die Ampel-Chefs Scholz, Habeck und Lindner mal wieder über einen Haushaltskompromiss verständigt. Liest man sich die Erfolgsmeldung durch, fühlt man sich wie Goethes Faust „*allein in seinem Zimmer*“ und bekennt traurig: „*Da steh' ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor!*“

„Die Einigung sieht im Kern **Umschichtungen** von Geldern für die bundeseigene Deutsche Bahn vor. Nach Angaben der Bundesregierung wird dadurch die sogenannte globale Minderausgabe um 4,5 Milliarden Euro auf dann noch zwölf Milliarden Euro verringert. **Das ist faktisch eine Lücke im Haushalt.** Die Regierung geht davon aus, dass sich diese durch die **wirtschaftliche Entwicklung** noch **verringern wird.** Dem Parlament steht nun allerdings eine vergleichsweise große Aufgabe bevor in den Beratungen zum Haushalt, weil die globale Minderausgabe, die die Haushälter aufbringen müssen, deutlich größer ist als üblich.“ *Quelle: Süddeutsche Zeitung*

Wenn ich das als gelernter Groß- und Außenhandelskaufmann richtig verstehe, gibt es keine Einigung, sondern ein Verschieben des Problems auf das Parlament, wo der Haushalt ja letztlich auch hingehört. Die Vorlage der Bundesregierung wirft mehr Fragen auf, als Antworten geliefert werden.

Vor allem die so genannten „Umschichtungen“ sind problematisch, was heißt das? Die Bundesfernstraßengesellschaft und die Deutsche Bahn sollen, wie uns eine fachkundige Leserin schrieb, statt direkten Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt, Darlehen bekommen. Darlehen? Muss man die nicht zurückzahlen? Wovon, fragt sich zu Recht unsere Leserin. Beide Unternehmen sollen sich also verschulden. Ausgeglichen werden könnte das beispielsweise durch eine Einführung der Pkw-Maut. Keine neuen Steuern war gestern. Und bei der Bahn? Personalabbau beim Service? Demnächst Automaten in der Bahn statt Bord Bistro? Man darf sich verscheißert fühlen.

Und damit haben wir galant übergeleitet zu 333,3 Millionen US-Bürgern, die von dem Kandidaten der Republikanischen Partei täglich verscheißert werden.

Donald Fake Trump hat bei einer „Pressekonferenz am Donnerstag etliche falsche Behauptungen aufgestellt. Einige seiner Darstellungen waren irreführend, manche waren schlicht gelogen. Einer Recherche des

US-Senders **CNN** zufolge sagte er bei der Veranstaltung 20-mal die Unwahrheit. So habe **Kamala Harris** angeblich „*Ladendiebstähle legalisiert*“. Trump behauptet, dass es erlaubt sei, „*in einem Geschäft zu klauen, solange der Wert nicht mehr als 950 Dollar beträgt*“. Das habe Harris in Kalifornien zu beantworten. „*Die Behauptung ist doppelt falsch. Zum einen: Ladendiebstähle sind in Kalifornien nach wie vor verboten. Aber: Liegt der Wert der Beute unter 950 Dollar, handelt es sich bei der Tat lediglich um ein Vergehen, für das in der Regel keine Haftstrafe verhängt wird. Auch, wenn manche dieser Fälle wegen Überforderung der Justiz nicht verfolgt werden - dass der Staat Diebstahl unter 950 Dollar legalisiert habe, stimmt nicht.*“

Zum anderen: Für das entsprechende Gesetz war **Kamala Harris** nicht verantwortlich. Ursprünglich war es sogar der republikanische Gouverneur **Arnold Schwarzenegger**, der 2010 die Schwelle für schweren Ladendiebstahl von 400 auf 950 Dollar anheb. 2014 bestätigte ein Referendum in Kalifornien das Gesetz, wodurch die Strafen für eine Vielzahl gewaltloser Straftaten gesenkt wurden. Ziel war es, die überfüllten Gefängnisse zu entlasten. Harris war damals Generalstaatsanwältin in Kalifornien und an der Gesetzgebung nicht direkt beteiligt.“

In Trumps Attacken gegen Harris Vize **Tim Walz** geht es um Tampons. Als Gouverneur von Minnesota soll er ein Gesetz unterzeichnet haben, das „*in allen Jungentoiletten in Minnesota*“ Tampons vorschreibe. Richtig ist, das Schulen verpflichtet sind, Menstruationsprodukte in Toiletten bereitzustellen. Aber: Das Gesetz unterscheidet nicht zwischen Toiletten für Jungen und Mädchen.

Für Trump ist Kamala Harris eine „*Linksradikale*“, die „*kommunistische Preiskontrollen*“ einführen wolle. Tatsächlich will sie im Kampf gegen die Inflation in den USA erstmals ein bundesweites Verbot von Preistreiberei, insbesondere bei Lebensmitteln, durchsetzen und explodierende Mietkosten begrenzen. Das ist natürlich Kommunismus pur. „*In manchen Bereichen gibt es bereits eine Preisregulation mit staatlicher Mitwirkung: Erst am 15. August setzte die US-Regierung drastische Preisnachlässe für die zehn meistverkauften Medikamente im Rahmen der staatlichen Krankenversicherung Medicare durch.*“

Und so weiter und so weiter. Inzwischen machen sich einige US-Medien die Mühe, jede Lüge von Trump umgehend zu enttarnen. Der Unterhaltungswert ist immens. *Quelle: ZDF*

Ed Koch